

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Mittich, Magdeburg. Druck von Franz Schöke, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 901.

Veränderung zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Dringertlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Preis für den Auslandsende monatlich 1 Exemplar 1,70 Mk., 2 Exemplare 2,90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2,50 egl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inferiorionsgebühr die fünfgehaltene Wetzelle 15 Pf. Post-Setzungsliste Nr. 7929

Nr. 243.

Magdeburg, Donnerstag, den 18. Oktober 1900.

11. Jahrgang.

Der Reichstag hat nichts zu sagen!

So denken die Reaktionen aller Schattierungen und zollen dem Vorgehen der Regierung Beifall, welche bereits über 100 Millionen der phantastischen Weltpolitik geopfert hat, ohne, wie es die Verfassung verlangt, die Zustimmung der erwählten Vertretung des deutschen Volkes eingeholt zu haben.

Der Reichstag, die Vertretung des deutschen Volkes, welche nach den Bestimmungen der Verfassung als gleichberechtigter Faktor dem Bundesrat zur Seite steht, ist dadurch in eine untergeordnete, seiner unwürdige Stellung herabgedrückt worden.

Diese Zurücksetzung des Reichstages ist eine Zurücksetzung des deutschen Volkes. Wer dieser zustimmt, beleidigt jenes.

Das deutsche Volk verdiente aber eine solche Behandlung, wenn es sich nicht zur Wehre setzte, wenn es nicht jede Gelegenheit benutzte, um zu protestieren gegen die Ausschaltung der Verfassung, gegen die verletzende Nichtachtung, welche den gewählten Vertretern des deutschen Volkes zu teil wurde.

Der Reichstag kann nur reden, wenn er versammelt ist. Dem deutschen Volke aber bieten sich auch noch andere Gelegenheiten, um seinen Willen zu bekunden. Die beste Gelegenheit hierzu ist eine Wahl zum Deutschen Reichstage, wie sie heute, am 18. Oktober, in unserem Nachbarwahlkreise Wanzleben stattfindet.

Wähler von Wanzleben! Ihr seid die ersten, die dazu berufen sind, ein Urteil über die Zurücksetzung des Deutschen Reichstages abzugeben. Um Eure Stimmen bewerben sich zwei Anhänger der Weltpolitik, die zu der geschehenen Verfassungsverletzung Ja und Amen sagen, und ein Gegner der Weltpolitik, der mit aller Entschiedenheit die Rechte des Volkes wahrnehmen wird.

Kümt Ihr die Herren v. Roze und Paul Schmidt wählen, die schon jetzt erklären, sie seien einverstanden mit dem Vorgehen der Regierung? Nein! Ihr könnt keine Leute mit der Ausübung eines Reichstagsmandats betrauen, die so gering von demselben denken, daß sie selbst bereit sind, ein wichtiges Recht des Reichstages preiszugeben. Solche Leute sind ungeeignet zur Bekleidung eines Reichstagsmandats und Ihr, Wähler von Wanzleben, macht Euch zu Mitschuldigen der Verfassungsverletzung, wenn Ihr den Herren v. Roze und Paul Schmidt Eure Stimme gebt. Jede Stimme für die ordnungsparteilichen Kandidaten ist eine Verhöhnung des Deutschen Reichstages, denn sie wird Männern gegeben, die nur gering von demselben denken.

Wähler von Wanzleben! Wenn Ihr zur Wahlurne schreitet, dann entscheidet Euch

gegen die Verletzung der Verfassung,
gegen die Weltpolitik,
gegen das Sunnentum,
gegen die Verwendung von Millionen zum Völkerrkriege,
gegen neue Ausgaben für Heer und Marine,
gegen Kolonialarmeen,
gegen den Brotwucher,
gegen die Liebesgabenpolitik,

gegen die Wahlrechtsfeinde,
gegen die Kohlenwucherer,
gegen die Feinde der Freizügigkeit,
gegen Beschränkung der Vereins- und Versammlungsfreiheit,
gegen Muckertum und Junkertum,
gegen die Gefindesklaverei,
gegen den Zuchthauskurs,
gegen die Reaktion im Innern.

Setzt der Parole der Reaktionen, welche den Reichstag zur Ohnmacht verurteilen wollen, die Parole entgegen:

Alles für das Volk und alles durch das Volk!

Wählt keinen Junker, keinen offenen Reaktionen, keinen „gemäßigten“ Liberalen, keinen verkappten Reaktionen.

Gebt Eure Stimme dem Manne, dessen Programm Euch die Gewähr für energisches Eintreten für die Rechte des Volkes, für Abwehr aller reaktionären Bestrebungen bietet. Wählt den Kandidaten der Sozialdemokratie, den

Fischermeister Ferdinand Gerlach, Halberstadt

und entscheidet Euch dadurch

gegen Rückschritt und Volkseutrechtung, aber für Fortschritt und Volksfreiheit.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Politische Uebersicht.

Der Kanzler.

Dem Onkel Chlodwig wird seit einigen Tagen von der bürgerlichen Presse stark zugeföhrt. Man merkt von seinem „Regieren“ nichts und das nimmt man ihm plötzlich sehr übel. Lange Jahre hat man die Fiktion verköhrt, wie wenn seine Verdienste in dem beständen, was man jetzt vermisst, eben im — Nichtregieren, im Verhindern. Nun soll auch das nicht mehr wahr sein. Der Berliner Vertreter der Frankfurter Zeitung, der sich mit Vorliebe rühmt, Hinter-treppen-Beziehungen zu haben, schreibt seinem Blatte z. B.:

Wenn der Reichskanzler sich in Berlin aufhält, erföhrt er gewiß manche Vorgänge der äußeren Politik schon ehe sie in den Zeitungen stehen. Darüber aber kann kein Zweifel herrschen, daß er eine leitende oder auch nur beratende Rolle bei unserer Politik in den chinesischen Wirren nicht gehabt hat, obwohl er nach der Verfassung die Verantwortung trägt. Der tatsächliche Leiter der auswärtigen Politik ist Graf Bülow, mit welchem der Kaiser die auswärtige Politik macht. Man hätte dem Reichskanzler auch gewiß Unrecht, wenn man ihm für die Art, wie Graf Pobjedonoff die nächsten Handelsverträge vorbereitet, ernstlich irgend eine Verantwortlichkeit zuschreiben wollte. Auch Herr v. Pobjedonoff ist in seinem Ressort so unumschränkt wie nur möglich. Unsere Politik besteht längst aus einzelnen Improvisationen. Der einheitliche Gedanke und die straffe Leitung fehlen, und jeder, der mit den Dingen einigermaßen vertraut ist, kann ohne weiteres die einzelnen Männer und Gebiete nennen, auf denen sie neben und oft genug auch gegen einander Politik machen. Nur so sei erklärlich einerseits das Schwärmen für Weltpolitik und Welthandel und andererseits die agrarische Wirtschaftspolitik. Man hat oft gerühmt, und eine Zeit lang auch mit Recht, daß die Kunst

und das Verdienst des Fürsten Hohenlohe im Verhindern bestehe. Seine Kunst oder sein Interesse verlagert aber längst. Das Beste, was er unseres Wissens verhindert hat, war das Zustandekommen des Fleischbeschaugesetzes nach dem Kommissionsbeschluß mit dem vollkommnen Fleischensverbot. Das lahme Kompromiß, das gleich darauf entstand, hat er schon nicht verhindern können. Je geringer die Initiative und der Einfluß eines Reichskanzlers ist, desto bequemer ist er Manchem, der mit und neben ihm regieren muß, und tatsächlich werden unter den möglichen zukünftigen Kandidaten für den Reichskanzlerposten bereits einzelne „bequeme“ Persönlichkeiten genannt.

Die nationalliberale Berliner Nationalzeitung schlägt in dieselbe Reihe:

Die Bedenken, welche durch den gegenwärtigen Stand der Dinge hervorgerufen werden, beruhen nicht darauf, daß es an politischer Verantwortlichkeit für die einzelnen Ressorts im Reiche fehle; sondern sie sind dadurch veranlaßt, daß, wenigstens in der Deffektivität, die für die Einheitlichkeit der Reichspolitik, für das Zusammenwirken der Ressorts erforderliche Aktion des Kanzlers nicht bemerkbar ist. Ob solches Zusammenwirken der diplomatischen Schritte, der militärischen Anordnungen und der finanziellen Maßnahmen in der China-Politik durch eine dem Reichstag und dem Lande politisch verantwortliche oberste Leitung gesichert worden ist, darüber weiß man nichts. Wehnlich verhält es sich mit den handelspolitischen Vorbereitungen, deren Tragweite eine so außerordentliche ist; man ist durchaus im Dunkeln darüber, ob hier seitens des Reichskanzlers eine oberste Leitung ausgeübt wird.

Die Nationalzeitung spielt Verstecken. Sie weiß sehr gut, daß von einer solchen obersten Leitung nicht die Rede ist. Aber auch der allwissende Vertreter der Frankfurter Zeitung schent sich nicht, einem anderen Reichsbeamten, dem Grafen Bülow, eine Aktionsfreiheit zuzumessen, die in dem dort bezeichneten Maße selbst bei dem ministeriellen Schönredner nicht vorhanden ist. Das hat, um nur eines herauszugreifen, die Desavouierung seiner

Chinanote vom 17. September durch das Telegramm des Kaisers an Kwangsi hinlänglich bewiesen. Bismarck hat schon im Jahre 1889 seinen jungen kaiserlichen Herrn richtig beurteilt, als er sagte, er wüßte sein eigener Kanzler zu sein. Je länger je mehr ist Wilhelm II. auch sein eigener Kanzler geworden. Das weiß die bürgerliche Presse sehr gut und wir verstehen daher nicht, wie sie es wagen kann, über mangelnde Einheitlichkeit u. dgl. zu jammern. Die Einheitlichkeit ist naturgemäß eine weit größere, wenn der Monarch zugleich der Regierende ist, wie wenn die Lasten von den Schultern zweier Männer getragen werden, die recht oft in der Auffassung und Beurteilung verschiedener Meinung sein können. Das Rufen der nationalen Presse nach dem „starken Manne“, nach dem leitenden Willen ist daher aufschärfste zu mißbilligen. Der starke Wille ist vorhanden und die bürgerliche Presse mag sich daran genügen lassen oder sie müßte denn die letzte Spur ihres monarchischen Bewußtseins ausgemerzt haben, was wir doch nicht annehmen wollen. —

Die Reichstagswahl auf der Kanzel.

Am Donnerstag den 18. ds. finden sowohl in Wanzleben wie in Brandenburg-Westhavelland Ersatzwahlen zum Reichstag statt. In Brandenburg kandidiert von unserer Seite Genosse Peus. Die Konservativen und Agrarier haben den früheren Abgeordneten und Landrat, jetzigen Generaldirektor v. Loebell, dessen Wahl wegen Wahlbeeinflussungen für ungültig erklärt wurde, wieder aufgestellt. Die Freisinnigen nominierten den Stadtrat Bode-Charlottenburg. Von konservativer Seite wird natürlich in der schmächtigsten, erbärmlichsten Weise gekämpft, die

Sozialdemokratie aufs niederträchtigste verleumdet und den sozialdemokratischen Rednern keine Redefreiheit in den konservativen Versammlungen gegeben.

Wer wird für den Kaiser Wagner von Jöhre der „Prophe“ sein, der dem Volke Glück bringt? Und wie wird der Antisemit v. Voebell es empfinden, daß sein Parteifremd ihn mit einem Schläge unter die Semiten wirft?

Die Kohlennot und die Industriellen.

Nicht Arbeiter oder kleine Leute des Mittelstandes, sondern hochmögliche Kommerzianten und Industrielle hatten sich am Dienstag im Reichstagsgebäude zu Berlin zusammengefunden, um über die Kohlennot und die enormen Preissteigerungen ihr Verdikt abzugeben.

Der Nationalökonom Dr. Band aus Dresden beendete die Kohlennot von der volkswirtschaftlichen Seite aus. Er sprach für 1. Vermehrung der deutschen Kohlenförderung, 2. Tarifermäßigungen, 3. Einschränkung der Ausfuhr, nicht Verbot der Ausfuhr, 4. Schaffung einer größeren Konkurrenz, 5. Gründung von Einkaufs-Vereinigungen, 6. Vorkauf seitens fiskalischer Gruben an die Verbraucher direkt, 7. Förderung der Bestrebungen auf Einfuhr anderer Brennmaterialien, auf bessere Ausnutzung der Kohle selbst usw.

Der Kunhe (Dresden) rät den Industriellen lokalen Zusammenschluß an nach dem Vorgange der Dresdener Industriellen, die ein Bergwerk gekauft haben. Er verlangt eine Enquete durch die Regierung über die Kohlenfrage.

Die Generalversammlung erkennt auf Grund der Erörterungen die Nothwendigkeit an, Schritte zur Abhilfe des Kohlenmangels zu thun, und erachtet die Staatsregierung um Einleitung baldiger Maßnahmen zur Abstellung des Kohlenmangels, da die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen.

Neue Nachrichten.

Unter unseren Privattelegrammen in der letzten Nummer war die Meldung enthalten, daß Deutschland von der Türkei die Insel Uroan im Roten Meer auf dreißig Jahre gepachtet habe, um sie als Kohlenstation für die den Erdball umspannenden Panzerschiffe zu benutzen.

noy mehr Kohlenstationen. Wo diese gesucht werden, wissen nicht deutsche Blätter, sondern die Londoner Daily Mail mitzutheilen. Sie enthält folgendes Kohlenstations-Programm:

Die neue Pachtung sei nur das erste Glied einer Kette von Stationen, die Wilhelmshaven mit Mauritshon verbinden werde. Die Lehren der Besse der Kriegsschiffe „Deutschland“ und „König Wilhelm“, die ohne Wumpung der britischen Kohlenstationen unmöglich gewesen wäre, seien von den deutschen Flottenbehörden angestrichelt beherzigt worden.

Es spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Angaben des Londoner Blattes, das sonst nicht durch Zuverlässigkeit berüchtigt ist, den Thatsachen entsprechen.

Die Flasche Steinberger Kabinett.

Aus dem Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Maximilian Harden erzählt ein Eingeweihter in österreichischen Blättern, daß Schwening als Zeuge eidlich bekundet hat, Fürst Bismarck habe die Flasche Steinberger Kabinett, die ihm der Kaiser geschickt hatte, mit Maximilian Harden ausgetrunken und bei dieser Gelegenheit zu Harden gesagt: „Ich weiß, Sie meinen es mit dem Kaiser ebenso gut wie ich.“

Schulnot.

Es fehlt an Volksschullehrern! Aus allen Ecken Ost-Elbiens erklingt in den Blättern dieser Zeit, daß Berliner Volkszeitung ist in der Lage, heute mitzuteilen, daß infolge des Lehrermangels im Dorfe Königshorst, Kreis Othavelsland, die durch Besetzung des früheren Inhabers erledigte zweite Lehrerstelle unbesezt geblieben ist.

* Berlin, 17. Oktober. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bestätigt in einem Dementi, daß man auf Umwegen durch die Verlängerung der Rüstpanzerschiffe der Siegfried-Klasse — an die Schaffung eines dritten Doppelgeschwaders herangeht.

— Vor Genehmigung der letzten Flottenvorlage erhielt das Centrum von der Regierung die Zusage, daß zur teilweisen Deckung der Kosten neben einer Zollerhöhung für ausländische Biere auch eine Champagnersteuer etwa eingeführt werden sollte.

— Die Konservativen und Antisemiten Berlins beabsichtigen, wegen der Ablehnung einer Glückwunschadresse an die Kaiserin durch die Berliner Stadtverordnetenversammlung an die Bürgerchaft zu appellieren und zur öffentlichen Unterchrift eine Geburtstagsadresse aufzulegen zum Beweise dessen, daß die Stadtverordneten die Mehrheit der Bürgerchaft nicht hinter sich haben.

— Für die Erhöhung des Verzinszollens spricht sich die Kreuzzeitung aus. Die Branndindustrie könne eine Erhöhung des Verzinszollens innerlich tragen, und eine Vertenerung des Bieres sei, so meint die Kreuzzeitung, „nicht gerade als Nationalanklage anzusehen“.

— In Rawitsch ist für die Landtagswahl an Stelle des wegen seiner Kanalabstimmung gemäßigten und darauf zum Regierungsrat beförborten Abgeordneten Verwalt der freikonservative Stadtrat Schmidt in Rawitsch aufgestellt worden.

— Wegen Beleidigung des Offizier-Corps wurde ein in der Nähe von Deutsch-Eylau wohnender Rittergutsbesitzer von einem Artilleriehauptmann gefordert, der nach der Ostpreussischen Zeitung dazu ausgelost wurde.

— Wegen Majestätsbeleidigung wurde ein Arbeiter in Posen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Strafe wurde deshalb so hoch bemessen, weil der Angeklagte — Soldat gewesen ist.

* Kassel, 16. Oktober. Die Reichstags-Stichwahl für den Wahlkreis Hünth-Hofgeismar ist auf den 23. Oktober anberaumt worden. Die amtlichen Zahlen für die beiden Stichwahlkandidaten haben wir gestern mitteilen können.

Russland.

Frankreich. Es bestätigt sich, daß die Regierung bei Zusammentritt der Kammer am 6. November eine erweiterte Amnestievorlage einzubringen gedenkt, die wahrscheinlich die vom Staatsgerichtshof verurteilten eingekreisten wird.

England. Die Wahlen sind beendet, nur das Ergebnis der Wahl auf den Erkevinistri nicht noch aus. Gewählt wurden 332 Konservative, 63 liberale Unionisten,

